

Kurt Töpner

Geschichtliche Belastungen zweier Nachbarvölker in der Mitte Europas

Das Thema unserer Tagung ist die Geschichte einer Nachbarschaft zweier Regionen in der Mitte Europas. Politischer, wirtschaftlicher und kultureller Austausch hat in Franken wie in Böhmen Spuren hinterlassen. Die Beziehungen zueinander verliefen bis 1918, sieht man von den Hussitenkriegen einmal ab, meist friedlich.

Von der Geschichte dieser Nachbarschaft ist auf beiden Seiten der Grenze wenig im Bewußtsein. Auf deutscher Seite gibt es das geflügelte Wort von den „böhmischem Dörfern“, also etwas Unbekanntem. Die böhmischen Städte und Dörfer wurden nach dem 2. Weltkrieg noch unbekannter wegen der nur mäßigen Durchlässigkeit des Eisernen Vorhangs, wohl aber auch, weil durch die Vertreibung der Deutschen zusätzlich eine Sprachbarriere entstanden ist. – Das Interesse füreinander nahm aber schon im 19. Jh. ab, wenn das Geschichtsbild des großen Historikers Leopold von Ranke repräsentativ ist. Danach ist die europäische Geschichte eine Synthese zwischen romanischen und germanischen Völkern seit der Spätantike. Die slawische ostmitteleuropäische Welt ist aus dieser Sicht automatisch eliminiert und aus dem Bewußtsein verdrängt. Dies wurde verstärkt durch ein abendländisch-karolingisches Europadenken der fünfziger Jahre, das mit einer Ranke-Renaissance einherging und damals auch gut in die ideologische Konfrontation des „Kalten Krieges“ paßte.¹⁾

Seit der kleindeutschen Bismarck-Ära galt das Land jenseits der Grenzgebirge als eine Art „Balkan“. Die Weimarer Republik betrachtete den deutsch-tschechischen Volkstumskampf als innertschechische Angelegenheit. Der deutsch-tschechische Gegensatz mußte bis dahin eigentlich als tschechisch-

habsburgischer Gegensatz definiert werden. Erst Hitlers NS-Diktatur griff direkt ein.²⁾

Schon deshalb ist es notwendig, die Grundzüge böhmischer Geschichte aufzuzeigen, weil nur vor diesem Hintergrund die Nachbarschaftsgeschichte verständlich werden kann. Zu diesem Verständnis ist aber auch noch ein anderer Aspekt zu berücksichtigen, denn die innerböhmische Geschichte ist geprägt durch das Verhältnis der tschechischen und deutschen Bevölkerung zueinander. Auch dieses Neben- und Miteinander verlief über viele Jahrhunderte hinweg friedlich, bis vor ca. 150 Jahren das Miteinander ins Gegeneinander umschlug. Der Bazillus des Nationalismus hatte beide Teile des Staatsvolks befallen. Die Fieberkurve stieg kontinuierlich an: 1918/19 – 1938 – 1945, dem grausamen Höhepunkt der Krankheit. Eine Roßkur, nämlich die Vertreibung der seit Jahrhunderten ansässigen Deutschen, sollte den Krankheitserd endgültig beseitigen. Das hinterließ natürlich Wunden, die seither nicht verheilt sind. Nahezu ein halbes Jahrhundert Kommunismus hat eine Therapie verhindert, weil kein vernünftiger Dialog möglich war.³⁾

Um so mehr sind beide Seiten seit 1989 aufgerufen, die leidvollen geschichtlichen Belastungen zu bereinigen, denn ohne Bewältigung der Geschichte gibt es keine Zukunft. Um der Zukunft willen aber müssen wir uns an die Vergangenheit erinnern, geschehenes Unrecht beim Namen nennen und dafür sorgen, daß es sich nicht wiederholt.

Den Anfang zu einem Dialog in diese Richtung hat der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel nach der „Samtenen Revolution“ von 1989 gemacht. Er bedauerte die Vertreibung der Deutschen und plädierte für eine Entschuldigung bei den Betroffenen.

S 2580 P.



Leider hat ihm das in der tschechischen Öffentlichkeit soviel Kritik eingetragen, daß seine Äußerungen zu diesem Thema seither weit weniger staatsmännisch und souverän klingen, sondern nur noch in der verklausulierten Sprache der Diplomaten und Tagespolitiker. Das läßt die ursprüngliche Spontanität vermissen, die so unmittelbar ansprechend war.

Havels Rede vom 17. 2. 1995 in der Prager Karls-Universität klingt ganz anders, wie überhaupt das Denken der gegenwärtigen politischen Eliten in der ČR zunehmend nationalistisch bestimmt zu sein scheint. Die Vorstellung von einer Bürgergesellschaft, wo sprachliche und nationale Merkmale nur eine sekundäre Rolle spielen, war in der Nachwendezeit nur vorübergehend (Petr Pithard, V. Havel) vorhanden. Heute scheint dieser positive Ansatz zu einem konstruktiven deutsch-tschechischen Dialog weitgehend verdrängt zu sein, wie überhaupt das uns Deutschen nicht unbekannte sozialpsychologische Phänomen der Verdrängung historischer Schuld und Verantwortung weit verbreitet zu sein scheint: Die erst nach dem 2. Weltkrieg geborene Generation macht es sich allzu einfach, indem sie das Bekenntnis zur eigenen Geschichte, nämlich zur Vertreibung nach 1945, verweigert. Im Sinne einer Kollektivschuld ist dies auch verständlich und berechtigt. Aber es gibt andererseits bisher keine Anzeichen dafür, daß die individuelle Schuld der Vertreibungsverbrechen juristisch verfolgt würde, denn seit 1946 gibt es eine Amnestie. Dem entspricht auch die regierungsamtliche Haltung zu den sog. Benesch-Dekreten (relevant zur Vertreibung ist Dekret Nr. 108), deren Legitimität unter Berufung auf demokratische Parlamentsentscheidungen und das Potsdamer Abkommen hervorgehoben wird. Dieser argumentative Weg muß aber zwangsläufig in die Irre führen, sowohl aus völkerrechtlichen und politischen als auch aus moralischen Gründen. Die Berufung auf das Potsdamer Abkommen ist unhaltbar⁴⁾, und es gibt Dokumente, die nur als kaum verhüllte Aufforderungen zum Terror und Genozid zu interpretieren sind.⁵⁾ In der Zeit der sog. „wilden Vertreibungen“ sind unbestreitbar Verbrechen (Elbebrücke in Aussig oder

Todesmarsch von Brünn) verübt worden. Diese werden auch nicht dadurch relativiert oder gerechtfertigt, daß im Protektorat Verbrechen von deutscher Seite vorausgegangen waren (das Stichwort Lidice möge dies verdeutlichen). Der Versuch, Unrecht durch Kollektivschuld zu rechtfertigen, muß auch in diesem Falle scheitern. Schließlich kann heute im Hinblick auf die Vorgänge im Ex-Jugoslawien jede Art von Vertreibung nur noch international geächtet werden. Jeder nachträgliche Versuch einer Legitimierung früherer Vertreibungen könnte daher nur als Ermunterung aufgefaßt werden, was schon seit der Haager Landkriegsordnung von 1907 verboten ist.

Man mag einwenden, daß dies eine meta-politische Argumentation sei. Das Festhalten an der Legitimität der Benesch-Vertreibung widerspricht aber auch realpolitischen tschechischen Interessen und bedeutet eine Ignoranz der Notwendigkeit eines Zukunftskonzepts, denn auf dem Weg in die Europäische Union muß der ČR zwangsläufig an einem guten Verhältnis zum deutschen Nachbarn gelegen sein. Man kann nicht einfach an die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts anknüpfen wollen und so tun, als habe die Welt sich seither nicht verändert. Die Konstellationen und Maßstäbe von gestern sind heute nicht mehr tauglich, der Zusammenschluß Europas ist nicht nur eine wirtschaftlich unausweichliche Notwendigkeit.

Die Rückkehr zur Normalität wird von tschechischer Seite gegenwärtig durch das Plädoyer für einen „Schlußstrich“ propagiert. Die Geschichte kennt aber keinen Schlußstrich, sie ist in ständigem Fluß: Jede Gegenwart hat sich aus einer Vergangenheit entwickelt, aus der man nicht einfach aussteigen kann. Es ist ein Irrtum der (ahistorischen) Politiker „zu glauben, daß die Geschichte an dem ihnen genehmen Punkt stehen bleibt ... Die Grundwahrheit ist, daß die Geschichte niemals anhält und nur gerecht gelöste Fragen Aussicht auf eine relative Dauer haben“.⁶⁾

Die Forderung nach Rückgabe des Eigentums ist wohl das größte Hindernis auf dem Wege zur Problemlösung. Ich persönlich halte diese Forderungen für unrealistisch und

befinde mich damit in Übereinstimmung mit realpolitischen Verlautbarungen⁷⁾ deutscher Politiker. Sicher ist, daß diese Forderungen bei vielen Tschechen irrationale Ängste ausgelöst und damit antideutsche Stimmungen bewirkt haben. Wie unbegründet diese Ängste sind, belegen Meinungsumfragen, wonach 85 % der Sudetendeutschen nicht zurückkehren und keine Eigentumsansprüche stellen wollen. Eine kollektive Rückkehr hieße auch die Uhr der Geschichte zurückzudrehen und den status quo ante wiederherzustellen. Nur ahistorische Ideologen können solche absurden Vorstellungen entwickeln, wonach historische Wiederholungen inszeniert werden könnten. Ein individuelles Rückkehrrecht sollte allerdings zugestanden werden.

Der intensive Dialog auf zwischenstaatlicher Ebene sollte sich „nach unten“ fortsetzen und vielfach hat er auch schon mit zahlreichen menschlichen Kontakten begonnen. Zur Gewinnung eines von nationalistischem Fundamentalismus gereinigten vernünftigen Geschichtsbildes ist vor allem ein historischer Dialog notwendig, der zu Gemeinsamkeiten im Denken und damit zur Aussöhnung führen könnte. Es mag paradox erscheinen, daß die Vergangenheit, das frühere Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern die „aktuellste Frage der Gegenwart darstellt“.⁸⁾ Bei den Historikern ist eine bemerkenswerte Annäherung der Ansichten in der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit bereits festzustellen. Die Kontakte deutscher und tschechischer Historiker sind so eng wie nie zuvor. In der breiten Öffentlichkeit hingegen scheinen viele Vorurteile weiterzuleben. Um sie abzubauen kann ein wissenschaftlich fundiertes aber popularisiertes Geschichtsverständnis einen wertvollen Beitrag leisten.

Es ist deshalb notwendig und sinnvoll, sich des Themas anzunehmen und möglichen kontroversen Interpretationen nicht auszuweichen.⁹⁾ „Es gibt wohl nur wenige Bereiche, in denen man den engen, vitalen Zusammenhang von jeweiliger Gegenwart und geschichtswissenschaftlicher Perspektive klarer erkennen kann als an der Geschichte

der Böhmisches Länder ... und hier wiederum vor allem am deutsch-tschechischen Verhältnis.“¹⁰⁾ Unter Einbeziehung klassisch kontroverser Geschichtsbilder in der Historiographie möchte ich im folgenden den böhmischen Geschichtsverlauf skizzieren:

Zunächst zur Frühgeschichte des böhmischen Raumes, der um Christi Geburt mit keltischen Bojern besiedelt war, deren Zivilisation mit ihrem hochentwickelten Handwerk der Anführer der Markomannen, Marbod vorfand. Unter Beteiligung von Quaden und den im mitteldeutschen und fränkischen Raum siedelnden Hermunduren begründete Marbod einen Machtbereich, der selbst von Rom als akute Bedrohung empfunden wurde. Wir wissen aus den Annalen des Tacitus, daß Marbod schließlich bezwungen wurde, das Markomannenreich geriet in Abhängigkeit zum Imperium Romanum. Unter Kaiser Marc Aurel kam es aber 177 n. Chr. zu Einbrüchen der Markomannen und Quaden. Unter Commodus waren sie tributpflichtig. Trotzdem kam es im 3. und 4. Jh. immer wieder zu Kämpfen. Schließlich sollen sie im 5. Jh. zusammen mit den Vandalen nach Gallien gezogen sein. Nach archäologischen Befunden müssen Teile von ihnen in Mähren und in der Slowakei verblieben sein, doch verliert sich ihre Spur. Im Laufe des 6. Jh. brechen die germanischen Funde in Böhmen ab. Die geringen germanischen Bevölkerungsreste scheinen sich den einwandernden Slawen assimiliert zu haben. Diese slawische Einwanderung erfolgte in der dunkelsten abendländischen Epoche, dem Übergang von der Spätantike zum Frühmittelalter. Die Kenntnis davon verdanken wir fast ausschließlich archäologischen Befunden. Die Ursprungssagen von Bohemus-Čech, dem pflügenden Bauern Přemysl und der Wahrsagerin Libuša wurden erst von Cosmas, einem Domdechanten von St. Veit in Prag, zu Beginn des 12. Jh. niedergeschrieben. Dieser Sagenstoff wirkt allerdings stark auf das nationale Wiedererwachen der Tschechen zu Beginn des 19. Jh. Berüchtigt sind in diesem Zusammenhang die Handschriftenfälschungen des Wenzel Hanka von Königinhof und Grünberg (bei Nepomuk).

Das Vordringen der Slawen erfolgte in mehreren Etappen bis zur Saale und nach Ostfranken. Westgermanische und slawische Siedlungen bestanden dort wohl nebeneinander.

Die erste historisch faßbare Gestalt in Böhmen war ein Franke. In der Chronik des Fredegar erscheint um 623 eine Gestalt namens Samo, wahrscheinlich ein Fernhändler gallorömischer Abkunft („de pago Senonago“ = Gebiet von Sens). Im Widerstand der slawischen Stämme in Böhmen gegen die Awaren erlangte er eine Art königlichen Status. Sein Reich wurde aber auch vom fränkischen Westen, dem Merowinger Dagobert I. (629–639), bedroht. Dagoberts Heer konnte jedoch das Castrum „Wogastisburc“ nicht einnehmen. Wo dieses Wogastisburc gelegen hat, ist unbekannt und gibt zu vielen Rätseln Anlaß. Möglicherweise ist es bei Kadan (Kaaden) oder bei Domažlice (Taus) zu suchen. Oder lag es vielleicht gar auf dem Staffelberg? Der archäologische Nachweis hierfür fehlt freilich, aber denkbar ist es schon, daß vorgelagerte Gebiete zum Samo-Reich gehört haben.

806 geriet der böhmische Raum nach einem Feldzug Karls des Großen in Tributpflichtigkeit, die allerdings nicht als eine quasi staatsrechtliche Abhängigkeit interpretiert werden kann. Das Christentum fand Eingang in den böhmischen und mährischen Raum hinein vom fränkischen Westen aus. 14 (wohl gleichberechtigte) Stammeshertöge wurden auf Anordnung Ludwigs des Deutschen 845 in Regensburg getauft.

In das volle Licht der Geschichte ist dann allerdings nicht Böhmen, sondern Mähren als eigenständige Großmacht zwischen Byzanz und dem Frankenreich im 9. Jh. getreten. Zum Gegenspieler des Frankenreichs in der Regierungszeit Ludwigs des Deutschen wurde das Großmährische Reich an Donau und March unter dem „dux Marovorum“, dem Herzog Mojmir. Die Fuldaer Annalen berichten über Feldzüge Ludwigs des Deutschen, die letztlich keine Unterwerfung bewirken konnten. Herzog Ratislaw gelang es eine unabhängige Kirchenorganisation aufzubauen, und zwar mit Unterstützung von Byzanz. 863/64 nah-

men die Brüder Konstantin-Kyryllos und Methodios aus Thessaloniki ihre Missionstätigkeit auf. Papst Hadrian II. (867–872) akzeptierte die slawisch (-orthodoxe) Liturgie, ernannte Method zum päpstlichen Legaten und Erzbischof der mährisch-pannonischen Kirchenprovinz.¹¹⁾ Auch Herzog Swatopluk (deutsch Zwentibold) unterstützte Erzbischof Methodios gegen das Frankenreich als geistlichen Ausdruck seiner Unabhängigkeit. Der Friedensabschluß Swatopluks mit dem Frankenreich fand übrigens in der Königspfalz Forchheim statt. Swatopluk unterwarf zahlreiche slawische Stämme und sein Herrschaftsgebiet reichte von der Oder und Weichsel über die mittlere Elbe bis nach Pannonien. Nach seinem Tode allerdings zerfiel um 904 das Reich unter ungarischem Druck und es begann der Aufstieg der böhmischen Přemysliden als genuin slawische Herrschaft.

Auf dem von König Arnulf von Kärnten 895 in Regensburg einberufenen Reichstag erschien mit anderen böhmischen Herzögen Spithiniew und unterwarf sich. Sein Bruder Wratislaw war der vermutliche Begründer der Georgskirche auf dem Prager Hradschin. Er war mit Drahomira verheiratet, der Mutter des heiligen Herzogs Wenzel, der zum Landespatron Böhmens geworden ist. Er wurde von seinem Bruder Bolislaw 929 oder 935 in Altbunzlau ermordet. Die Hintergründe des Mordes sind unklar. Von familiär heidnisch-christlichen Auseinandersetzungen bis zu politischen Motiven gehen die Spekulationen. Wenzel ist der Begründer der Kirche auf der Prager Burg, die St. Vitus, dem Patron des sächsischen Klosters Corvey geweiht wurde. Herzog Wenzel soll mit dem Sachsenkaiser Heinrich I. befreundet gewesen sein, während Widukind von Corvey den Heiligen noch recht skeptisch schildert. Konkret ist seine Persönlichkeit kaum faßbar. Sein Kult hingegen hat sich bereits am Ende des 10. Jh. über ganz Europa verbreitet. Auf Karl IV. geht die prachtvolle Gestaltung der Wenzelskapelle im Prager Veitsdom zurück und sein Reiterstandbild auf dem Wenzelsplatz war noch in jüngster Vergangenheit bei den dramatischen Ereignissen von 1968 mehr als von symbolischer Bedeutung!

Die Betonung der Verflechtung Böhmens mit dem mittelalterlichen Deutschen Reich verstehen die Tschechen meist als Angriff auf ihre Eigenständigkeit. Frantisek Palacky, der große nationalpädagogische Historiker des 19. Jh. hat sie als rein dynastisch abgetan. Sie waren sicher mehr als das, vor allem waren sie ambivalent. In der Epoche der Přemyslidenherrschaft, der sächsischen, salischen und staufischen Zeit, gibt es hierfür zahlreiche Beispiele.

Kaiser Heinrich II., letzter Ottone und Bistumsgründer von Bamberg, hat stark in die inneren Verhältnisse des Landes eingegriffen. Gegen den Polenherrscher Bolislaw Chrobry verhalf er den Přemysliden 1004 (Jaromir und Udalrich) zur Behauptung ihrer Macht als unbestrittene Herren Böhmens. Er gab diese Waffenhilfe aber nicht ohne Gegenleistung, die in einer engeren Lebensbindung an das Reich und in Heerfolgepflicht bestand.

Břetislav I. (1034–1055), einer der bedeutendsten Přemyslidenherrscher, war verheiratet mit Jutta, der Tochter des Nordgaugrafen Heinrich. Er hatte sie aus einem Schweinfurter Kloster entführt. Als Mitgift kam Kronach unter direkte böhmische Herrschaft. Břetislav I. versuchte (nach dem Tode Bolislaw Chrobrys) Polen zu unterwerfen, stieß jedoch auf den Widerstand Kaiser Heinrichs III., der mit zwei Reichsheeren nach Böhmen zog und Břetislav besiegte. Er behielt jedoch sein Herzogtum und blieb ein treuer Vasall des Kaisers. Auf diese Weise konnte er innenpolitisch seine königsgleiche Stellung ausbauen.

In der Zeit des Investiturstreits war Herzog Wratislaw (1061–1092) der treueste Parteigänger Heinrichs IV. Dieses Zweckbündnis führte 1086 schließlich zur Verleihung des Königstitels, ein Zeichen dafür, daß Böhmen eine herausgehobene Sonderstellung im Reichsverband hatte, die den deutschen Stammesherzogtümern nicht vergleichbar war, denn es gab in Böhmen weder Reichsgut noch Kirchengut. Das böhmische Herzogtum wurde auch ohne förmlichen Königstitel immer als königsgleich angesehen und blieb im Kern stets ein genuin slawisches Herrschaftsgebilde. In salischer und auch in stau-

fischer Zeit haben sich die deutschen und böhmischen Herrscher wechselseitig unterstützt. Nationale Gesichtspunkte im modernen Sinn spielten dabei keine Rolle.

Unter Sobieslaw I. (1125–1140) wurden die neuen Reformorden der Zisterzienser und Prämonstratenser ins Land geholt. Zu erwähnen sind dabei die Tochtergründungen von Strahov aus Steinfeld in der Eifel, aber auch Plasy vom fränkischen Langheim aus. Die Bedeutung der Klöster für den Landesausbau, der unter přemyslidischer Herrschaft planmäßig schon seit dem 10. Jh. erfolgte, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sobieslaw erneuerte auch die deutschen Kaufmannsprivilegien seines Großvaters Wratislaw II., übrigens auch die Immunitätsrechte der Juden. Auch hier dürfen wir nicht mit nationalistischen Kategorien urteilen, denn es handelte sich um Sonderrechte für eine ethnische Berufsgruppe, wie sie im Mittelalter üblich waren.

Friedrich I. (Barbarossa) krönte am 18. Januar 1158 Wladislaw II. zum böhmischen König, nicht mehr *ad personam* (wie bei Wratislaw), sondern auf das Geschlecht der Přemysliden bezogen. Endgültig erblich wurde die Königskrone 1212 mit der sizilischen Bulle Friedrichs II. für Přemysl Ottokar I.

Unter Ottokar I., noch stärker unter Ottokar II., setzt auch die deutsche Ostkolonisation¹²⁾ ein, die in der tschechischen Geschichtsschreibung seit Palacky als „Drang nach Osten“ und „nationale Überfremdung“ charakterisiert wurde. Dieses Trauma sitzt tief und wirkt bis heute nach. Man ist jedoch besser beraten, Wertmaßstäbe für diese Vorgänge der Epoche selbst zu entnehmen, statt nachträglich nationalistischer Fehlinterpretation zu erliegen. Die Ostkolonisation ist ein Beispiel für die Instrumentalisierung eines bestimmten Geschichtsbildes in der politischen Aktualität, wenn man etwa an T. G. Masaryks Auffassung denkt, die Deutschen seien „Immigranten und Kolonisten“ gewesen, die auch nach 700 Jahren nur Gastrecht im Lande genießen. Bei der Rechtfertigung der Vertreibung kann man auf tschechischer Seite solche Meinungen auch heute noch ver-

nehmen. Das ist natürlich absurd. Ebenso ist die deutsche Deutung, die Ostkolonisation sei eine „Großtat des deutschen Volkes“ gewesen, aus der politischer Herrschaftsanspruch hergeleitet werden könne, unzulässig. Das Mittelalter kannte solches Blockdenken nicht und dachte viel pragmatischer. Objektiv ist die Ostkolonisation nur als Teil eines gesamteuropäischen Vorgangs zu begreifen, der bereits in der Karolingerzeit von Westeuropa ausging. Sie war auch durch technische Innovation bedingt, wie etwa die Dreifelderwirtschaft und die Erfindung des Räderpflugs. Sie brachte schließlich den böhmischen Königen große Vorteile, die Přemysl Ottokar II. auch genannt hat: Durch den angeblichen deutschen Drang nach Osten wurde niemand vertrieben, weil es sich nur um die Urbarmachung öden Landes gehandelt hat. Die Rodung von Wildnis wurde auch als gottgefälliges Werk aufgefaßt, wofür das benediktinische „ora et labora“ den religiösen Hintergrund bildet. Die steigende Zahl der Untertanen vermehrte auch die Steuerkraft des Landes, wodurch königliche Macht und Ansehen gesteigert wurden. Und schließlich war da auch noch ein strategischer Aspekt der Grenzsicherung durch die königlichen („künischen“) Freibauern im Böhmerwald. – Ähnliches gilt auch für die deutschen Stadtrechte in Böhmen, die objektiv bessere Formen der rechtlichen Organisation bewirkt haben. Im Magdeburger und Nürnberger Stadtrecht sind Ansätze der Selbstverwaltung verankert, deren Anwendung auch von den Tschechen in ihrem Bereich gefordert wurden. Aus dieser Sicht kann rational analytische Betrachtung der Phänomene traumatische Barrieren abbauen helfen, statt ständig die Stereotypen aus der Mottenkiste des 19. Jh. zu wiederholen. *Historia magistra vitae?*

Mit dem Erlöschen der Přemysliden im Mannesstamm 1306 beginnt das Zeitalter der Luxemburger. Die böhmischen Länder wurden nun zum Herzland des Reiches. Die böhmische und die deutsche Königskrone und die Kaiserkrone waren in einer Hand vereinigt. In der Goldenen Bulle von 1356 wurde das Gleichgewicht der Herrschaftsbereiche festgelegt. Die Reichsstadt Nürnberg wird in diesem Dokument besonders hervorgehoben.

Die Beziehungen zu Prag gewannen einen nie wieder erreichten Höhepunkt. – Nicht nur durch die erste Universitätsgründung 1348 in Prag erlebte das Land eine kulturelle Blüte, die westeuropäisch geprägt war. Sie ist mit der Herrschergestalt Karls IV. verbunden und auch optisch manifestiert: der Papstpalast in Avignon und der Hradschin in Prag, die von Karl IV. errichtete Landbrücke bis zu seinen westlichen Besitzungen war ein gesamteuropäischer Faktor seiner Politik. Die luxemburgische Dynastie war eine Epoche der politischen und kulturellen Internationalität. Die Blüte war von relativ kurzer Dauer, aber gleichwohl keine Episode. Zur Wiedergewinnung der Denkhorizonte Karls IV. und seiner Zeit sollte die Epoche auch gegenwärtig vorrangiges Interesse beanspruchen.

In Böhmen war die Regierungszeit Karls IV. für Tschechen und Deutsche gleichermaßen ein „aureum saeculum“. Unter seinen Nachfolgern wurde das anders. Damit nähern wir uns dem „Hussitismus“. Auch hier herrschte lange eine vornehmlich nationale Betrachtungsweise in der Geschichtsschreibung vor, die das Phänomen zumindest einseitig beurteilt. Daß die marxistische Geschichtsschreibung die soziale Sprengkraft der Bewegung in den Vordergrund stellte, liegt auf der Hand. Das Anliegen von Jan Hus (1370–1415) war im Kern aber ein religiöses, ähnlich wie der Bauernkrieg nur eine Nebenwirkung der religiösen Erneuerung von Luthers Reformation war. Er löste verschiedenartige gesellschaftliche Antriebskräfte aus. Gesamteuropäische Faktoren waren auch im religiösen Anliegen von Jan Hus wirksam, angefangen von den religiösen Laienbewegungen des 12. Jh., aus denen die Bettelorden hervorgegangen sind. Ihr Anliegen war eine spiritualisierte arme Kirche. Die Vordenker des Konziliarismus wie Marsilius von Padua und Wilhelm von Occam gehören in diesen Zusammenhang wie auch John Wicliff. In Verbindung mit diesem intellektuellen Szenario steht auch Jan Hus. – Nicht nur in Böhmen gab es deutsche Anhänger des hussitischen religiösen Anliegens. Auch im Reich gab es Hussiten, auch in Franken. Auf dem Weg nach Konstanz erfreute sich Jan Hus in

Nürnberg großer Sympathie. Es gab in Franken auch hussitische Prediger.

Die religiöse Wirkungsgeschichte von Jan Hus reicht bis zu der von der habsburgischen Gegenreformation vertriebenen Gemeinde der Böhmisches Brüder mit ihrem Bischof Jan Amos Komensky (Comenius). Der große Pädagoge hat als Emigrant außerordentlichen Stellenwert in der Geistesgeschichte Europas, der ohne nationalistische Einengung des Blickfeldes beurteilt werden muß.

Die ursprünglich religiöse Massenbewegung wurde von den Tschechen seit jeher nationaldemokratisch interpretiert. Bei nüchterner Analyse des ursprünglich religiösen Anliegens geht allerdings viel von diesem nationalen Mythos verloren. Die Hussitenkriege griffen auf das Reich (Brandenburg, Sachsen, Franken) über. Zu den antihussitischen Kreuzzügen wurde von Kaiser Sigismund in der Nürnberger Sebalduskirche aufgerufen. Burggraf Friedrich VI., seit 1417 (als Friedrich I.) Markgraf von Brandenburg, führte das Reichsheer, dachte allerdings anders als sein kaiserlicher Herr.¹³⁾

Nach dem Inkrafttreten des Erbfolgevertrags zwischen dem polnisch-jagiellonischen Königshaus und den Habsburgern begann 1526 die bis 1918 dauernde Habsburger Herrschaft in Böhmen. Wie unter Karl IV. waren Kaiserkrone, böhmische und deutsche Königskrone in einer Hand, mit dem entscheidenden Unterschied, daß das in der Goldenen Bulle von 1356 festgelegte Gleichgewichtsprinzip verlassen wurde und sich in der Folge zugunsten eines habsburgischen Zentralismus verschoben hat. Der böhmische Ständestaat hat nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 erheblich an Bedeutung verloren, es begann schrittweise der zentralistische habsburgische Absolutismus, verbunden mit erbarmungsloser Gegenreformation des 17. Jh. Noch die Bauernbefreiung Ende des 18. Jh. ist als Demontage der ständischen Adels herrschaft zu verstehen. Allerdings ist das ständestaatliche Bewußtsein nie ganz ausgelöscht worden. Unter Graf Leo Thun taucht es Mitte des 19. Jh. wieder auf, ist im Zeitalter des Nationalismus aber nicht mehr geschichtswirksam geworden.

Den habsburgischen Absolutismus empfanden die Tschechen immer als rücksichtslose Germanisierung, die Epoche als "temno", d. h. die Zeit des Dunkels, der erst im 19. Jh. das "obrozeni", das nationale Wiedererwachen gefolgt sei. Auch das Barockzeitalter wurde als Überfremdung einer internationalen europäischen Einheitskultur mit deutschem Übergewicht negativ beurteilt. Das 17. und 18. Jh. ist so bis heute für das tschechische Geschichtsbewußtsein bestimmend geblieben. Zweifellos wird man sich dieser Sicht der Dinge nicht ganz verschließen können.

Unter den Germanisierungstendenzen hat insbesondere die tschechische Sprache gelitten, die am Ende des 18. Jh. zum Idiom niederer Volksschichten herabgesunken war. Dennoch muß das Bild relativiert werden:

Der unbestreitbare habsburgische Zentralismus ist kein österreichisch-böhmisches, sondern – abgesehen von England – ein gesamteuropäisches Problem. Diese Staatsform galt damals als die modernste. Die habsburgischen Verhältnisse sind der Politik Richelieus und Mazarins in Frankreich vergleichbar, wie auch die Gegenreformation in Böhmen ihre Entsprechung etwa im Schicksal der Hugenotten hat. So gesehen ist der habsburgische Absolutismus nicht in erster Linie als antitschechisch zu verstehen, sondern als allgemeiner Trend der Epoche.

Unter Maria Theresia und Joseph II. stellten sich die Reformen als Herabwürdigung des Adels und der Stände im Radikalismus der Aufklärervernunft dar. Die Einführung des Deutschen als Amtssprache war markanter Ausdruck dieser Reform von oben. Besonders die Josephinischen Reformen wurden von tschechischer Seite daher mit Germanisierung identifiziert. Joseph II. erscheint in diesem Licht als radikaler Germanisator. Wie mir scheint, ist seither tschechisches Identitätsbewußtsein wesentlich antideutsch geprägt, die Germanophobie Frantisek Palackys hat dies noch verstärkt. Dabei wird übersehen, daß der Wiener Zentralismus auch die Deutschböhmen¹⁴⁾ betroffen hat.

Es gibt aber auch eine andere Strömung in der böhmischen Geschichte, die man als „Bohemismus“ bezeichnet hat. Über diesen Trend scheint ein Forschungsdefizit zu bestehen.¹⁵⁾

Zu Beginn des 18. Jh. nämlich herrschte ein anationaler, katholisch geprägter Landespatriotismus, der den Böhmen tschechischer wie deutscher Zunge unterschiedslos offen stand. Dieser Bohemismus geht einher mit der katholischen Aufklärung (der Begriff „böhmisch-katholisch“ hat sich hierfür eingebürgert), die zum Ziele hatte, die Religion auch für die Vernunft annehmbar zu machen und die der protestantischen Neologie vergleichbar ist, die in Altdorf gelehrt wurde. Exponent dieser Geisteshaltung war ein Mann namens Bernard Bolzano, (1781–1848) katholischer Priester und Universitätsprediger (seit 1806), der 1819 per Wiener Hofdekret fristlos entlassen wurde. Da ein geistiger Repräsentant Böhmens betroffen war, hatte dies Folgen für die politische Ideengeschichte des Landes. Bolzano versuchte vergebens den Nationalitätenstreit in Böhmen zu schlichten. In seiner Zeit genoß er bei Deutschen wie bei Tschechen gleichermaßen Verehrung. Bolzano sah in beiden unterschiedslos nur „die Böhmen“. Böhmen galt als gemeinsames Vaterland, ihm galt eine regionale Vaterlandsliebe, eine Art territorialer Patriotismus. Solche Geisteshaltung wurzelte noch im 18. Jh., überschritt sich aber mit den Ideen des romantischen Nationalismus, der von J. G. Herders „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ ausging. Er überschchnitt sich aber auch mit Frantisek Palackys „Austroslawismus“, der eine Abkehr von panslawistischen Tendenzen und ein ausdrückliches Bekenntnis zur österreichischen Monarchie (natürlich unter der Bedingung eines ethnischen Föderalismus) beinhaltete. Die „buditelé“, die tschechischen nationalen Wiedererwecker, haben später Bolzano daher als einen der ihren betrachtet und den Bohemismus auf einen extrem tschechischen Nationalpatriotismus verkürzen wollen. Auch Bolzano selbst hat die tschechischen Volkstumsbestrebungen gefördert. Dies erklärt sich aus der Situation des Vormärz heraus, d. h. der Wiener Unterdrückung,

die Deutsche und Tschechen eigentlich geeint hat im gemeinsamen Kampf um die liberalen Ziele, hinter denen die Volkstumsentscheide zurücktraten. Die Gewichte haben sich zwischen 1820 und 1848 aber verschoben.

Bernhard Bolzano starb im Revolutionsjahr 1848, erlebte aber noch die Märzrevolution. In seinen Kommentaren hierzu distanzierte er sich von den Äußerungen der Deutschtümpler ebenso wie von denen der tschechischen nationalistischen Ultras. Das Programm des Austroslawismus wurde 1848 ad acta gelegt¹⁶⁾, die Idee des geschlossenen Nationalstaats war für Bolzano und die Anhänger des Bohemismus zu beschränkt, als daß sie ihr etwas abgewinnen konnten.

Trotz der primitiveren nationalistischen Dynamik, die nun einsetzte, hat der Bohemismus noch eine Weile nachgewirkt. Repräsentant dieser Nachwirkung ist Leo Graf Thun-Hohenstein (1811–1888)¹⁷⁾, ein Anhänger der übernationalen Ordnungsidee, des böhmischen Reform-Katholizismus, der föderalistischen Staatsidee sowie führender Vertreter der metternichfeindlichen Reformkräfte, Austroslawist und Gegner des bürokratischen Staatszentrismus in Österreich. 1848 war Graf Leo Thun böhmischer Landesgouverneur und von 1849–1860 reorganisierte er als österreichischer Kultusminister das Bildungswesen. Im Vormärz verkehrte Thun bei den geistigen Eliten des Bolzano-Kreises, dem auch Palacky und Jungmann angehörten.

Was sich aus dem regionalen Landespatriotismus des 18. Jh. zum Bohemismus geweitet und ... zum Übernationalen entwickelt hatte wurde von Graf Leo Thun so formuliert: „Auch ich fühle die Bedeutung der Nationalität, erkenne aber auch noch andere, nicht minder wichtige Momente im staatlichen Leben“¹⁸⁾, eine Erkenntnis, die auch heute noch oder heute wieder Aktualität besitzt. Die Beschäftigung mit Bolzanos Vorträgen „Über das Verhältnis der beiden Volksstämme in Böhmen“, die 1849 in deutscher Sprache erschienen sind, könnte vielleicht auch für die historisch-politische Diskussion der Gegenwart fruchtbar gemacht werden.

Der weitere Geschichtsverlauf hat diese Positionen, die im Rückblick als Antipoden des damals herrschenden Zeitgeistes interpretiert werden müssen, vollkommen verschüttet. Nach 1867, als die habsburgische Monarchie in eine transleithanische und eine cisleithanische Reichshälfte aufgeteilt wurde, wurde das slawische Element unter deutscher und magyarischer Vorherrschaft zurückgedrängt und der Nationalitätenkampf verschärfte sich.

Supranationale Bindekräfte blieben nur beim Adel und in kirchlichen Kreisen lebendig. Andererseits wurden auch in der Arbeiterbewegung unter Viktor Adler, Karl Renner und Bohumil Šmeral Anstrengungen unternommen, das nationalistische Blockdenken zu überwinden. Auch diese Bemühungen haben ihren Gegenwartsbezug. In Prag war es eine „Sternstunde um die Jahrhundertwende“, wo „als Ergebnis einer langen und wechselseitigen jüdisch-deutsch-tschechischen Kultursynthese jene Literatur entstand, deren bestürzende Modernität und Aktualität nicht zuletzt auf ihren bei Kafka manifesten seismographischen Charakter beruht“.¹⁹⁾

Ich komme nun zum letzten Kapitel böhmischer Geschichte in unserem Jahrhundert, an deren Ende zwei Katastrophen stehen: das Münchener Abkommen (1938), die Zerschlagung der tschechoslowakischen Republik und die Vertreibung des deutschsprachigen ehemaligen Staatsvolks, beides Akte von unsäglichlicher Barbarei.

Am Anfang steht der Zerfall der Donaumonarchie, der Friedensvertrag von St. Germain, die Verweigerung des kurze Zeit vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker für die Deutschböhmen. Im März 1919 hat es der neugegründete Nationalstaat ČSR für richtig gehalten auf deutsche Demonstranten schießen zu lassen, die die Wilson-Proklamation ernst genommen hatten.

Es würde zu weit führen, die Epoche in extenso zu analysieren¹⁸⁾, aber auf einige Widersprüche und Fehlentwicklungen der ersten tschechoslowakischen Staatsgründung muß doch hingewiesen werden. Da ist

zunächst die tschechische Forderung nach Festhalten an den historischen Grenzen, was mit der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts zusammenhängt. Andererseits hat die ČSR im östlichen Teil das ethnische Argument angeführt und die historischen Grenzen der ungarischen Stephanskronen negiert. In Wirklichkeit handelte es sich nicht um einen Nationalstaat, sondern um eine verkleinerte Ausgabe der Habsburger Monarchie, also einen Vielvölkerstaat. Stärkste „Fraktion“ in diesem staatlichen Gebilde waren die Tschechen mit knapp 50 Prozent Bevölkerungsanteil, gefolgt von den Deutschen mit ca. 23 Prozent, die Slowaken stellten 14,7 Prozent der Einwohner, die Ungarn 5,5 Prozent und die Ukrainer 3,5 Prozent.

Nur zusammen mit den Slowaken ergab sich eine tschechoslowakische absolute Mehrheit. Man erklärte einfach Tschechen und Slowaken zu einer fiktiven tschechoslowakischen Nation. Für die neue Staatsorganisation war dies ein wichtiger Gesichtspunkt, denn sie funktionierte nach dem Majoritätsprinzip, man könnte auch sagen mit der Diktatur der Mehrheit. Gruppenrechte oder gar autonome Selbstverwaltung war in diesem System nicht vorgesehen. Der Spieß wurde einfach umgedreht: die Beherrschten mutierten zu Herrschenden. Was die Tschechen jahrhundertlang von Österreich gefordert hatten, verweigerten sie nun den Deutschen in Böhmen. Dieser Umstand hat es den Deutschen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, diesem Staat die notwendige Loyalität entgegenzubringen, zumal sie am Zustandekommen der Verfassung in der Revolutionären Nationalversammlung keinen Anteil hatten. Reminiszenzen etwa an den böhmischen Landespatriotismus, wie er noch im 19. Jh. lebendig war, mußte in dieser Situation wie eine Botschaft von einem fremden Stern erscheinen.

Thomas G. Masaryk, der erste Staatspräsident, hat zwar erkannt, daß das Problem des Verhältnisses der beiden Volksgruppen zueinander gelöst werden müsse²¹⁾ und sprach von einer besseren Schweiz. Aber zwischen Theorie und Wirklichkeit lagen Welten. Die Analogie zum faschistischen Italien hinsicht-

lich Südtirols ist offenkundig, wiewohl es sich bei der CSR um ein demokratisches Staatswesen handelte. Und schließlich sei noch der Hinweis auf die Konstruktion der tschecho-slowakischen Nation erlaubt, die in unserer Gegenwart durch die Loslösung der Slowakei 1992 als fiktiv bestätigt wurde.

Gerade eben siebzig Jahre hat dieser Versuch einer Nationswerdung angehalten, ungeachtet der Tatsache, daß ein Teil der Slowaken 1918 dafür begeistert war.

Keine tschechische Regierung hat bis 1938 das nationalstaatliche Majoritätsprinzip aufgeben wollen und die Kritiker, wie z. B. den tschechischen Professor Emmanuel Rádl ignoriert. Wenn nun tschechische Identitätssuche nach 1989 unkritisch auf die erste Republik reflektiert, ist damit wiederum das antideutsche Syndrom immanent. Ein vernünftiger Ausgleich der Nachbarvölker mit der jeweils längsten gemeinsamen Grenze wird dadurch a priori erschwert.

Die Gerechtigkeit gebietet es aber festzuhalten, daß die erste tschechoslowakische Republik eine Demokratie westeuropäischer Provenienz gewesen ist, in der die individuellen Freiheitsrechte (nicht aber die Gruppenrechte) auch der deutschen Bevölkerung garantiert waren, die Normen des modernen Rechtsstaats hatten ihre Gültigkeit. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die Mehrheit der Sudetendeutschen die staatsbeherrschenden Parteien Christsoziale, Sozialdemokraten und Bund der Landwirte gewählt hat. Im Sinne von Franz Spina (BdL) war dies die Symbiose einer Vernunftthe.²²⁾ Wer allerdings noch im Sinne eines nationsübergreifenden böhmischen Patriotismus dachte, setzte sich dem Verdacht aus, als potentieller Staatsfeind zu gelten.

Dies alles war noch nicht der Tiefpunkt deutsch-tschechischen Zusammenlebens in tausend Jahren. Als Wendemarke kann das Jahr 1935 gelten, als die Partei Konrad Henleins zwei Drittel der deutschen Wählerstimmen erreichte. Die Sudetendeutschen waren geblendet von der Macht des NS-Reiches und vergaßen alle geschichtlich gewachsenen Bindungen in Böhmen. Der Kampftruf „Heim

ins Reich“ war so radikal wie unsinnig. Er hätte sich höchstens auf das 1806 beendete Heilige Römische Reich beziehen können, das weder im Bismarckreich und noch weniger im sog. Dritten Reich eine kontinuierliche Fortsetzung gefunden hatte. Sie begriffen ebenso wenig wie die Tschechen, daß sich jahrhundertlang Gemeinschaft nicht einfach auslöschen läßt (auch nicht durch „Schlußstriche“). In manchen radikalen ahistorischen Köpfen spukt dieser Unsinn bis heute. Man kann daran ermesen, was wirklichkeitsferne Ideologien an Unheil anrichten können. Der Kommunistenführer Klement Gottwald verstieg sich 1945 zu der Behauptung: „Wir korrigieren die Irrtümer unserer böhmischen Přemyslidenkönige“.²³⁾

Was nach 1938 folgte, waren Akte von ungeheurer Brutalität. Mit dem Münchener Abkommen wurde das Geschichtsverständnis der modernen tschechischen Nation ins Herz getroffen. Die Folge war erbitterter Haß gegen ihre ehemaligen Mitbürger. Es folgte die Demütigung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hacha bei Hitler und der Einmarsch in die „Rest-Tschechei“, wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß. Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen gelangten auf einem tausend Jahre nie erreichten Tiefpunkt an. Der brutale Eroberer gedachte der unterworfenen Bevölkerung nie wieder Eigenständigkeit zuzubilligen. Die restlose Germanisierung nach dem Kriege war das Ziel.

Die NS-Herrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren war in vieler Hinsicht verbrecherisch, wobei Lidice nur die Spitze des Eisbergs darstellt. Es wäre unredlich, dies nicht beim Namen zu nennen. In der gegenwärtigen Diskussion wird von tschechischer Seite darauf hingewiesen, daß bei der Feststellung historischer Schuld auf (sudeten-) deutscher Seite ein Defizit besteht.²⁴⁾ Dieses Argument muß ernstgenommen werden, denn die tschechische Öffentlichkeit reagiert auf die Geringschätzung der Folgen der NS-Okkupation verständlicherweise betroffen. Es ist z. B. immer noch eine Forschungslücke, wie der sudetendeutsche Anteil an der NS-Unterdrückung im Protektorat zu bewerten ist. Die

Untersuchungen auf (sudeten-) deutscher Seite konzentrieren sich seit Kriegsende nur auf das eigene angetane Unrecht und Leid.

Auf der anderen Seite ist bedauerlicherweise ein Rechtfertigungstrend bezüglich der Vertreibung erkennbar. Schon der Sprachgebrauch ist verdächtig, nämlich durch das beherrschte Festhalten am Begriff „odsun“ (Abschiebung), was in Wahrheit „vyhnání“ (Vertreibung) heißen müßte. Bei dieser Verniedlichung wirken sozialpsychologische Verdrängungsmechanismen, die noch durch den Umstand potenziert werden, daß die tschechische Nachkriegsgeneration von der Vergangenheit nichts wissen („Wir haben andere Sorgen“) und geschehenes Unrecht durch die Väter nicht zur Kenntnis nehmen will. Sie begreift nicht, daß es sich nicht um die Übernahme von Kollektivschuld handelt, sondern um historische Verantwortung, und zwar nicht nur für die Aktivposten, sondern eben auch für die Passivseite der historischen Bilanz. Aus der Geschichte seines Volkes, in das man hineingeboren wurde, kann man nicht einfach aussteigen wollen, sie holt uns sonst nämlich früher oder später wieder ein. Man muß sich schon der Mühe unterziehen, die Geschichte geistig und moralisch zu bewältigen, denn durch Verdrängung und Ignoranz sind noch nie Probleme gelöst worden. Zu dieser Problemlösung gibt es aber keine Alternative.

Bohumil Doležal, ein ehemaliger Prager Regierungsberater sieht den gegenwärtigen Standort Tschechien in der europäischen Völkergemeinschaft recht pessimistisch wenn er sagt: „Wir Tschechen sind heute mehr denn je isoliert von Deutschland, von Europa, von den gemeinsamen Werten, die uns an Europa binden. Wir leben in einem politischen Vakuum ...“²⁵⁾ Die Tschechen wollen (zumindest mehrheitlich) zurück nach Europa. In welches Europa? Manchmal gewinnt man den Eindruck, als wäre in Tschechien das Europa der Zwischenkriegszeit gemeint. Dieses Europa der Horizontverengung gibt es aber Gottseidank nicht mehr und das neue Europa ist erst auf dem Weg nach Europa: mit der Frage nach der Identität seiner Völker, als auch mit dem künftigen politischen Selbstver-

ständnis des ganzen Kontinents. Eines ist sicher, ein Europa des Gegeneinanders seiner Völker kann es angesichts der Katastrophen unseres Jahrhunderts nicht mehr sein (Mitterand: *Le nationalisme, c'est la guerre*), sondern ein Europa der persönlichen Freiheit, der offenen Grenzen, auch des Wohlstands und vor allem der kollektiven Sicherheit. Ein differenziertes, kritisch durchleuchtetes Geschichtsbild kann dazu beitragen, endlich die auf beiden Seiten ideologisch belasteten chauvinistischen Stereotypen und Vorurteile aus der Mottenkiste instrumentalisierten Geschichtsdeutung des 19. und 20. Jh. zu beseitigen. Die Historiker sind dabei auf einem guten Weg, vulgäre Geschichtsdeutungen hingegen beherrschen immer noch die Szene. Es gibt auch heute noch die fatale Neigung der Politiker, eingefahrene falsche Geschichtsdeutungen zum Zwecke des Machterhalts zu mißbrauchen, statt die historische Wahrheit zu suchen. Die objektiv falsche Legende vom tausendjährigen deutsch-tschechischen Kampf wird in manchen Kreisen gepflegt. Der tschechische Historiker Vratislav Vanicek²⁸⁾ hat die Legendenbildung wie folgt auf den Punkt gebracht:

- Die Tschechen mußten sich angeblich von Beginn an gegen germanische Expansion wehren, die mit dem Bestreben der Vernichtung des böhmischen Staates verbunden gewesen sei.
- Das Wirken des deutschen Elements in den böhmischen Ländern sei zersetzend gewesen.
- Umgekehrt: Böhmen war angeblich von Anfang an deutsches Lehen und also auch Eigentum der deutschen Herrscher.
- Das tschechische Volk sei zurückgeblieben gewesen, die einzigen Träger des Fortschritts waren Deutsche.

Beides ist schlicht und einfach falsch, wie hoffentlich aus meinen Ausführungen ein wenig deutlich geworden ist.

Nirgendwo wird die Aktualität von Geschichte deutlicher als in der historischen Dimension des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern. Jan Křen, ein Signatar der Charta 77

sieht darin „die aktuellste Aufgabe der Gegenwart“.²⁷⁾ Dem kann ich mich durchaus anschließen, mit der Einschränkung, daß gemeinsame Parlamentserklärungen oder zwischenstaatliche Verträge die Probleme nicht endgültig lösen können. Sie können aber im Sinne eines Minimalkonsens höchst nützlich sein für einen Dialog der weiterhin notwendig ist, der aber dann erst richtig beginnt.²⁸⁾

Alles andere liefe auf ein „Unter den Teppich kehren“ hinaus oder auf ein Beharren auf Rechtsstandpunkten nach dem Motto fiat justitia pereat mundus. Die kritische Geschichtsbetrachtung auch außerhalb des engeren Fachpublikums könnte viele Hindernisse auf dem Weg zu einem freundschaftlichen Miteinander aus dem Weg räumen helfen. Auf eine Formel gebracht möchte ich daher sagen, haben wir den Mut zu einem „Zurück in die Zukunft!“

Anmerkungen:

- 1) Vgl. **Friedrich Prinz**: Böhmen im mittelalterlichen Europa, München 1984, S. 191. Ders. auch in: Gestalten und Wege bayer. Geschichte, München 1982, 223 ff.
- 2) Vgl. **R. Hilf**: Bayer.-böhm. Nachbarschaft, München 1992, Einf., S. 13
- 3) Immerhin wurde aber im Prager Vertrag von 1973 die Nichtigkeit des Münchner Abkommens von 1938 so ausgelegt, daß die deutsche Staatsangehörigkeit der vertriebenen Deutschen nicht berührt wird. Vgl. **Otto Kimmich**: Völkerrecht und Geschichte im Disput ..., in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/96 (Beilage „Das Parlament“), Bonn 1996, S. 34 f.
- 4) Art. 13 des Potsdamer Protokolls hat lediglich die Bedeutung der „Hinnahme vollendeter bzw. nicht mehr abzuwendender Tatsachen“. **R. Hilf**: Die Auflösung der böhmischen Symbiose ..., in: **F. Boldt/R. Hilf** (Hg.): Bayerisch-böhmische Nachbarschaft, München 1992, S. 187 ist zuzustimmen..
- 5) So z. B. eine Anweisung von **Prokop Drtina** an tschechische Widerstandsgruppen 1944, Zit. bei **Rudolf Hilf**, a. a. O., S. 186 f.
- 6) **Hilf**, a. a. O., S. 158
- 7) Zwischenbilanz zu den geplanten Parlaments-Entschliefungen am 12. 9. 1996. Tagespresse 13. 9. 1996.
- 8) Vgl. **Jan Křen**: Tschechisch-deutsche Beziehungen in der Geschichte: Von Böhmen aus betrachtet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/96, Bonn 1996, S. 21.
- 9) Um nicht zu monologisieren, sind aus diesem Grunde tschechische Referenten verpflichtet worden, die auf sudetendeutschen Veranstaltungen nur selten wahrnehmbar sind. Beim Sudetendeutschen Tag 1996 in Nürnberg jedoch Prof. Dr. **Bohumil Doležal**. Einen Bericht über seinen Vortrag habe ich in „Land an der Mies“ – Heimatbrief Nr. 8/96 gefunden. Vgl. Anm. 23.
- 10) Vgl. im folgenden **Friedrich Prinz**: Böhmen im mittelalterlichen Europa, München 1984, 180 u. a. a. O.; ders.: Die böhmischen Länder vom Mittelalter bis zum Beginn der Neuzeit, in: **Boldt/Hilf** (Hg.): Bayerisch-böhmische Nachbarschaft, S. 19 ff.
- 11) Als Herzog Ratislaw von seinem Neffen Swatopluk an Ludwig den Deutschen ausgeliefert wurde, mußte sich Methodios vor einer bayerischen Synode verantworten, weil er sich geistliche Jurisdiktion angemaßt hatte. Aufgrund päpstlicher Intervention durfte er nach Mähren zurückkehren. Vgl. **F. Prinz**, Böhmen ..., a. a. O.
- 12) Vgl. **F. Prinz**, in: Bayerisch-böhmische Nachbarschaft, a. a. O., s. 23 f u. 34 ff.
- 13) Vgl. **Kurt Töpner**: Friedrich I., Markgraf und Kurfürst von Brandenburg, Mitteilungen der Antnürnbergers Landschaft, Jg. 41, H. 2 (1992), S. 80 ff.
- 14) Der Begriff „sudetendeutsch“ war damals noch nicht gebräuchlich. „Deutschböhmen“ blieb aber im Sprachgebrauch noch bis 1919, wie das Sonderheft der Zeitschrift „Deutsche Kultur in der Welt“ zeigt. In der 1. Tschechischen Republik wurde diese Bezeichnung verboten.
- 15) Vgl. **H. Diwald**: Bernard Bolzano und der Bohemismus, in: Lebendiger Geist, hg. von H. Diwald, Köln-Leiden 1959, S. 93.
- 16) Ders., a. a. O., 110. Palacky hat in der Ablehnung der Einladung zum Frankfurter Vorparlament 1848 prophetisch auf Rußlands Expansionsdrang hingewiesen, der bei Entstehung

kleine Nationalstaaten in Mitteleuropa entstehen würde. Genau 100 Jahre später, 1948, trat ein, was Palacky in politischer Weitsicht vorhergesehen hatte.

- 17) Vgl. hierzu **Thienen-Adlerflycht**: Graf Leo Thun im Vormärz, Köln/Graz 1967.
- 18) Zit. bei **Diwald**, a. a. O., S. 115.
- 19) **Friedrich Prinz**, a. a. O., S. 199
- 20) **R. Hilf**: Die Auflösung der böhmischen Symbiose durch den tschechischen und deutschen Nationalismus, in: **Boldt/Hilf** (Hg.): Böhmisches-bayerische Nachbarschaft, S. 157 ff bietet eine ausgewogene Darstellung. Vgl. auch **Francesco Leoncini**: La questione dei Sudeti 1918–1938, 2. Aufl., Padua 1979, deutsch: „Die Sudetenfrage in der europäischen Politik. Von den Anfängen bis 1938“, Essen 1988.
- 21) Zit. bei **R. Hilf**, a. a. O., 165.
- 22) Ders., a. a. O., 171
- 23) Zit. bei **R. Hilf**, a. a. O., 188
- 24) **Jan Křen**: Tschechisch-deutsche Beziehungen, a. a. O., S. 22 f.
- 25) Rede beim Sudetendeutschen Tag 1996 in Nürnberg (!), Zit. nach Bericht in: „Land an der Mies“, Heimatbrief Mies, Tuschkau etc., Jg. 48, Dinkelsbühl Aug. 1996, S. 365. Die Tschechen sollten im Hinblick auf die EU bedenken, daß Nationalismus heute zum Provinzialismus werden kann
- 26) Die mittelalterlichen Grundlagen der tschechisch-deutschen Nachbarschaft, in: **Boldt/Hilf** (Hg.): Bayerisch-böhmische Nachbarschaft, a. a. O., S. 40.
- 27) **Jan Kren**, a. a. O., S. 21.
- 28) Mittlerweile wurde die Erklärung paraphiert (Jan. 1997), die Begriffe „odsun“ und „vyhnaní“ sind durch ein Synonym („Austreibung“) umgangen worden. Eine Verharmlosung, wie sudetendeutsche Funktionäre kritisierten, ist für mich nicht erkennbar.

Literatur (Auswahl):

Frank Boldt/Rudolf Hilf (Hrsg.): Bayerisch-böhmische Nachbarschaft (Bay. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit), München 1992.

Karl Bosl: Böhmen und seine Nachbarn. Gesellsch., Politik und Kultur in Mitteleuropa, München/Wien 1976.

Deutsche und Tschechen. Informationen zur politischen Bildung Nr. 132-B6897F, Neudruck Bonn (Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit), München 1992.

Hellmut Diwald: Bernard Bolzano und der Bohemismus, in: H. Diwald (Hg.): Lebendiger Geist. H. J. Schoeps zum 50. Geburtstag, Leiden–Köln 1959, S. 91 ff.

Richard Friedenthal: Ketzer und Rebell. Jan Hus und das Jahrhundert der Revolutionskriege, 2. Aufl. München 1972.

Hugo Grothe (Hrsg.): Deutschböhmen. Eine Skizze von Land und Volkstum, Geistesart und Wirtschaft. Sonderheft der Zeitschrift „Deutsche Kultur in der Welt“, 5. Jg., Leipzig 1919.

Otto Kimminich: Völkerrecht und Geschichte im Disput, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage „Das Parlament“ B 28/96, Bonn 1996, 28 ff.

Jan Křen: Tschechisch-deutsche Beziehungen in der Geschichte: Von Böhmen aus betrachtet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/96, Bonn 1996, S. 21 ff.

Francesco Leoncini: La questione dei Sudeti 1918–1938, 2. Aufl., Padua 1979, deutsch: „Die Sudetenfrage in der europäischen Politik. Von den Anfängen bis 1938“, Essen 1988.

Heinrich Pleticha/Wolfgang Müller: Böhmen und Mähren, Würzburg 1992, bes. Kap. „Von Marbod bis Havel“, S. 129–144 bietet einen handlichen Überblick.

Helmut Preidel (Hrsg.): Die Deutschen in Böhmen und Mähren, ein historischer Rückblick, Gräfelfing bei München 1950.

Friedrich Prinz: Böhmen im mittelalterlichen Europa, München 1984. Ders. in: Gestalten und Wege bayer. Geschichte, München 1974, S. 223 ff.

Ders.: Bohemica. Probl. u. Lit. seit 1945, Sonderheft 4 der Historischen Zeitschrift (HZ), hg. von **Walther Kienast**, München 1970.

Christoph Thienen-Adlerflycht: Graf Leo Thun im Vormärz, Köln/Graz 1967.

E. Winter: Der böhmische Vormärz in Briefen B. Bolzanos an F. Prihonský (1824–1848). Beiträge zur deutsch-slawischen Wechselseitigkeit, Berlin (Ost) 1956.